

**Gemeinsame Pressemitteilung
vom 30. März 2026**

Seite 1/3

**Pharmaverbände warnen: Sparpolitik bei Arzneimitteln
ist ein Irrweg**

- Medikamente sichern Versorgung und Zukunftsfähigkeit
- 29 Milliarden Euro Beitrag zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Jahr 2025
- Zusätzliche Sparmaßnahmen gefährden Versorgung und Standort

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Pharma Deutschland und der Verband der forschenden Pharma-Unternehmen (vfa) kritisieren die im Bericht der GKV-Finanzkommission vorgeschlagenen zusätzlichen Sparmaßnahmen im Pharmabereich.

„Wenn der Koalitionsvertrag weiterhin die Grundlage der Regierungsarbeit ist, kann es entgegen den Empfehlungen der Finanzkommission keine zusätzlichen Belastungen für die pharmazeutische Industrie geben. Wir vertrauen darauf, dass Bundesregierung und Parlament am Ende nuancierter auf die GKV-Finzen blicken werden und dabei die Folgewirkungen von Sparmaßnahmen auf die Versorgung und den Standort im Blick behalten. Denn wer weiter bei Arzneimitteln kürzt, gefährdet Zukunftsfähigkeit. Das ist ein Irrweg“, erklären die Verbände. „Medikamente verbessern die medizinische Versorgung von Patientinnen und Patienten, sichern die Arbeitsfähigkeit einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung und steigern die Effizienz im Gesundheitssystem. Gleichzeitig ist der Herstelleranteil an den Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) seit Jahren stabil.“

Pharmaindustrie stabilisiert die GKV bereits heute erheblich

Seite 2/3

„Die Pharmabranche trägt als innovationsstarke Schlüsselindustrie maßgeblich zur Wirtschaftskraft bei und leistet einen erheblichen Beitrag zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) – sie darf nicht weiter belastet werden“, so die Verbände weiter. Die pharmazeutische Industrie leistet seit Jahren einen substanziellen Beitrag für die GKV-Finzen. Allein im Jahr 2025 belief sich dieser auf rund 29 Milliarden Euro durch Festbeträge sowie individuelle und gesetzliche Rabatte sowie Rabatte im Rahmen des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) – Einschnitte, die die Branche bereits heute erheblich belasten.

Gemeinsame
Pressemitteilung
vom 30. März 2026

Wachsende Herausforderungen

Durch zunehmende internationale Preisreferenzierung, sowie einen bereits heute spürbaren Innovationsrückstand gegenüber den Vereinigten Staaten, ist neuer Druck auf die Arzneimittelversorgung in Deutschland entstanden. Die nun vorgeschlagenen Maßnahmen blenden diese Wettbewerbsbedingungen aus und stehen Investitionen sowie Innovationen im Weg.

Resiliente Arzneimittelversorgung

Gerade vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Unsicherheiten braucht es eine leistungsfähige und resilient aufgestellte Arzneimittelversorgung sowie einen starken pharmazeutischen Standort. Zusätzliche Einsparungen in diesem Bereich setzen hier ein falsches Signal und schwächen die langfristige Versorgungssicherheit.

Es müssen ineffiziente Strukturen im Gesundheitssystem aufgelöst und versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden.

Ansprechpartner:innen:

BPI - Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie

Website: www.bpi.de

Ansprechpartner: Laura Perotti,
Kommissarische Pressesprecherin,
presse@bpi.de

Seite 3/3

Pharma Deutschland e.V.

Website: www.pharmadeutschland.de

Hannes Hönemann,

Leiter Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,

Tel. +49 171 56 18 203, hoenemann@pharmadeutschland.de

Gemeinsame
Pressemitteilung
vom 30. März 2026

vfa – Verband Forschender Arzneimittelhersteller e.V.

Website: www.vfa.de

Pressekontakt: Dr. Jochen Stemmler,

Stv. Redaktionsleiter und Pressesprecher Politik,

Tel. +49 30 20604-203, j.stemmler@vfa.de